

## Ergänzungsvorlage Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt <b>Amt für Umweltschutz</b>	Nr. <b>138/2004/1</b>
---	--------------------------

**Betreff:**

Entsorgungsentgelte 2005

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>
<b>Kreisausschuss</b> Berichterstattung: Ltd. KBD Gnerlich	02.12.2004
<b>Kreistag</b> Berichterstattung: Ltd. KBD Gnerlich	10.12.2004

**Beschlussvorschlag:**

1. Der geplanten Zuordnung der Abfallströme zu den Entsorgungsanlagen wird zugestimmt.
2. Der Einführung eines Sockelbetrages wird zugestimmt.
3. Der Festlegung der Entgelte für die Inanspruchnahme der Entsorgungsanlagen und den sich daraus ergebenden Entsorgungsentgelten für Hausmüll wird zugestimmt.

**Erläuterungen:**

Aufgrund der Diskussion zur Erhöhung der Entsorgungsentgelte 2005 im Wirtschafts-, Umwelt- und Planungsausschuss wurde der Beschlussvorschlag geändert.

**Zur weiteren Information hier Protokollauszug zur Sitzung des Wirtschafts-, Umwelt- und Planungsausschusses vorab:**

Der Geschäftsführer der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH (AWG), Herr Grundmann, stellt die Grundlagen und Rahmenbedingungen zur Festlegung der Entsorgungsentgelte 2005 anhand einer Power Point Präsentation vor (siehe Anlage).

Herr Nahrman (FWG) erkundigt sich nach dem Zustandekommen der dargestellten Kalkulationen und der möglichen Kostenentwicklung in den nächsten Jahren, um Bürgern auf deren Fragen antworten zu können.

LKBD Gnerlich erklärt, dass die AWG Info-Faltblätter herausgeben und die Vorstellung in kommunalen Ausschüssen anbieten wird, um die Kalkulationen zu erläutern. In Hinsicht auf die zukünftige Entwicklung der Kosten wird davon ausgegangen, dass die größeren Investitionen nun abgeschlossen sind und nur noch die normalen Mengen- und Betriebskostenänderungen anfallen.

Herr Müller (Bündnis 90/Die Grünen) macht deutlich, dass sich die dargestellten Entsorgungsentgelte noch auf einem günstigen Level befinden würden und dass sie ökologisch vernünftig wären.

Herr Heger (SPD) erklärt, dass die SPD-Fraktion gegen die Ausweisung eines Sockelbetrages ist, da dieser nicht transparent und unnötig ist. Stattdessen wird die Beibehaltung des linearen Tarifes zur Müllvermeidung favorisiert. Er beantragt deshalb die getrennte Abstimmung der drei in der Beschlussvorlage enthaltenen Bestandteile.

Herr Hild (CDU) bedauert das Ablehnen des Sockelbetrages durch die SPD-Fraktion, da bisher die grundlegenden abfallwirtschaftlichen Entscheidungen einvernehmlich getroffen worden sind. Das Argument der fehlenden Transparenz sieht er nicht.

Der Vorsitzende formuliert die Beschlussvorlage entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion um, wobei die Reihenfolge aufgrund der Diskussion verändert wird.

**Beschlussvorschlag:**

4. Der geplanten Zuordnung der Abfallströme zu den Entsorgungsanlagen wird zugestimmt.  
Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

5. Der Einführung eines Sockelbetrages wird zugestimmt.  
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen  
Ja 11            Nein 4            Enthaltung 0

6. Der Festlegung der Entgelte für die Inanspruchnahme der Entsorgungsanlagen und den sich daraus ergebenden Entsorgungsentgelten für Hausmüll wird zugestimmt.  
Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen  
Ja 10            Nein 0            Enthaltung 5

1. \_\_\_\_\_  
Amtsleitung

2. \_\_\_\_\_  
Dezernent

3. \_\_\_\_\_  
Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen  
Auswirkungen)

4. \_\_\_\_\_  
Landrat